



Mehr Demokratie e.V.

Öffentlichkeitsarbeit
Clüverstr. 29
28832 Achim
fon 04202-88 87 74
fax 04202-88 89 02
presse@mehr-demokratie.de
www.volksabstimmung.org

Die wichtigsten Argumente im Überblick

Pro & Contra Volksentscheid

Volksentscheide sind kein Allheilmittel, aber eine wirksame Arznei gegen die Probleme unserer Politik. Wir nennen Ihnen die wichtigsten Argumente für die Direkte Demokratie. Anschließend antworten wir auf häufige Einwände.

Pro: Gaspedal & Bremse für eine bürgernahe Politik

Der „Blankoscheck“ Wahl reicht nicht aus!

Von uns Bürgerinnen und Bürgern geht alle Staatsgewalt aus. Aber nur einmal innerhalb von vier Jahren. Dann geben wir unsere Stimmen und damit unsere Souveränität ab. Mit dem Recht auf Volksabstimmung können wir Wähler unsere Stimme viel differenzierter zum Ausdruck bringen: Eine Bürgerin kann z.B. die CDU wählen, aber beim Volksentscheid – anders als „ihre“ Partei – gegen die Atomkraft stimmen.

Gaspedal: Neue Ideen, Motor für Reformen

Volksbegehren machen Druck für notwendige Reformen. Zum Beispiel in Bayern. 1991 streiten Bürgerinitiativen für eine umweltfreundliche Müllpolitik. Die CSU blockt ab. Erst ein Volksbegehren mit fast 1 Million Unterschriften führt zum Umdenken. Ergebnis: Bayern wird Vorreiter für eine moderne Abfallwirtschaft.

Gute Ideen prallen oft an Parteien und Parlamenten ab. Die Folge: Reformstau und hohe Kosten. Durch Volksabstimmungen können Bürgerinnen und Bürger die Politik selbst voranbringen.

Mit der Direkten Demokratie kann die Kompetenz vieler Bürgerinnen und Bürger zum Wohle der Gesellschaft genutzt werden. Allein in der Bundesrepublik gibt es ca. 70.000 Bürgerinitiativen, die ein riesiges Reservoir an Wissen und neuen Ideen bergen. Doch trotz ihres Einfallsreichtums und ihrer Kompetenz kommen sie oft nicht zum Zuge, weil nur die Amts- und Mandatsträger verbindliche politische Entscheidungsrechte besitzen.

Bremse: Keine Politik gegen den Bürgerwillen

Volksabstimmungen decken Widersprüche zwischen Politikern und Wählern auf. Wie in der Schweiz. Immer wieder entscheiden die Bürgerinnen und Bürger anders als zuvor das Parlament. Die Folge: Schweizer Politiker achten genau darauf, was das Volk will. Und sie geben sich viel Mühe, die Menschen von ihrer Politik zu überzeugen. Denn sie wissen: Wenn sie den Wählerwillen mißachten, kommt der Volksentscheid.

Für eine verantwortungsvolle Politik

Die Weichen für die kommenden Generationen werden heute gestellt. Renten, Atomenergie, Abfallwirtschaft, Umwelt, Gentechnik und Europa werden auch unsere Kinder und Enkel beschäftigen. Weitreichende und häufig nicht mehr rückgängig zu machende Entscheidungen brauchen eine breite Basis. Weil niemand ihre Folgen genau vorhersagen kann. Keine Regierung und kein Parlament kann hierfür allein die Verantwortung übernehmen. Es bedarf eindeutiger Entscheidungen des Souveräns, der Bürgerinnen und Bürger.

Bürger sind besser informiert

Die Direkte Demokratie ist eine riesige Bildungsveranstaltung. Die Dänen und die Iren wissen viel besser über Europa Bescheid als die Deutschen – weil sie darüber abgestimmt haben. Vor Volksabstimmungen kommt es zu einer breiten, oft zugespitzten, aber doch auch aufklärend wirkenden Diskussion.

Mehr Demokratie, weniger Selbstbedienung

Die Parteien haben sich breit gemacht in unserem Staat. Durch Volksabstimmungen können wir Bürgerinnen und Bürger die politischen Spielregeln neu gestalten. Wie in den USA. Dort verkürzte das Volk in 22 Bundesstaaten die Amtszeiten von Abgeordneten und Senatoren. Die Wähler setzen Höchstgrenzen für Parteispenden und sorgen für ein faires Wahlrecht.

Wer gefragt wird, wendet sich nicht ab

Viele sagen: „Die da oben machen doch, was sie wollen.“ Die Menschen können kaum Einfluß auf die Politik nehmen. Die Folge: Resignation, sinkende Wahlbeteiligung. Dabei wollen 75 Prozent der Deutschen die Volksabstimmung. Die Unterstützung geht quer durch die Anhängerschaft aller Parteien. Denn der Volksentscheid hat keine politische Farbe. Er ist ein Instrument, das Menschen ermutigt, sich zu engagieren. Die Bürgerinnen und Bürger identifizieren sich wieder mit der Politik, wenn sie etwas bewegen können.



„Direkte Demokratie stärkt den politischen Wettbewerb, und das führt zu besserer Politik. Dieser Zusammenhang ist wissenschaftlich gut belegt. So sind Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz nicht zuletzt auf Volksentscheide zurückzuführen.“

**Prof. Reiner Eichenberger,
Schweizer Wirtschaftswissenschaftler**

Volksabstimmungen stärken den Bundestag

Heute trifft die Regierung die wichtigen Entscheidungen. Der Bundestag nickt oft nur noch ab. In der Volksabstimmung spielt das Parlament eine wichtige Rolle: Es kann den Bürgern – in Konkurrenz zu einer Initiative aus dem Volk – einen eigenen Vorschlag vorlegen. Und die Opposition kann über Volksbegehren auch zwischen den Wahlen aktiv Politik gestalten.

Die Menschen werden an Problemlösungen beteiligt!

Alle politischen Entscheidungen betreffen die Menschen. Insofern ist es selbstverständlich, daß den Betroffenen die Chance gegeben wird, sich an Lösung und Diskussion der Probleme zu beteiligen. Durch das Recht auf Volksentscheid werden die Menschen ernster genommen und beteiligen sich stärker an der Politik. Dadurch werden die Problemlösungsfähigkeit der Menschen und ihr Verständnis für die Politik gefördert.

Politischer Wettbewerb führt zu besseren Ergebnissen!

Dadurch, daß mehr Menschen die Möglichkeit bekommen, ihre Ideen vorzustellen, steigen die Chancen, Probleme zu lösen. Ideen treten zueinander in Wettbewerb und können sich gegenseitig befruchten. Durch diesen Ideenwettbewerb kann sich niemand auf seiner Machtposition ausruhen. Denn alles kann hinterfragt werden, z.B. Subventions-, Rüstungs-, Verkehrs- oder Sozialpolitik. Der Wettbewerb wird zu besseren Ergebnissen führen, da sich die Menschen jeweils für die aus ihrer Sicht besten Ideen entscheiden.

Resignation und politischer Gewalt wird der Boden entzogen!

Viele Menschen resignieren oder begehren gegen politische Entscheidungen auf. Fehlt ihnen die Möglichkeit eines demokratischen Protestes, kann die Resignation in politische Gewalt umschlagen. Die Ereignisse rund um die Castor-Transporte zeigen deutlich, daß sich die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr nur mit beruhigenden Worten abspesen lassen, sondern ihre Interessen berücksichtigt sehen

wollen. Eine Entscheidung der Bevölkerung hat mehr Akzeptanz als die einer Regierung oder eines Parlaments. Sollen Probleme ausgeräumt werden, müssen sie mit allen Betroffenen diskutiert und dürfen nicht verschwiegen oder von Politikerinnen und Politikern im Alleingang „gelöst“ werden.

Die Akzeptanz politischer Entscheidungen wird erhöht!

Bei wichtigen politischen Entscheidungen wollen die Menschen mitbestimmen. In der Vergangenheit haben das die Themen „Euro“ und „Rentenreform“ gezeigt. Ohne Volksentscheid ist die Gefahr größer, daß politische Maßnahmen boykottiert werden. Mit Volksentscheid hingegen fällt es den Menschen leichter, Veränderungen zu akzeptieren, da sie Einfluß nehmen konnten.

Demokratie muß sich weiterentwickeln!

Die Gesellschaft befindet sich in einem ständigen Fluß von Veränderungen. Wir leben heute anders als vor vierzig oder fünfzig Jahren. Die Menschen verfügen über mehr Bildung und nehmen gesellschaftliche Probleme stärker wahr. Daher müssen sich auch die demokratischen Formen weiterentwickeln. Die Demokratie hat zwei Standbeine: Wahlen und Abstimmungen. Seit über vierzig Jahren hüpfet unsere Demokratie auf einem Bein herum. Das muß sich ändern, damit wir sicher und gefestigt in die Zukunft gehen können.

Contra: Sind wir Bürger zu dumm?

Das Volk ist zu dumm!

So platt kommt dieses Argument natürlich nur selten daher. Statt dessen ist zu hören, das Volk sei nicht kompetent genug, die Themen werden komplexer usw. Die Annahme, das Volk besäße nicht die nötige Intelligenz für politische Entscheidungen, ist ein altes Argument gegen jede Form der Demokratie. Es wurde schon gegen die Einführung der parlamentarischen Demokratie und des Frauenwahlrechtes angeführt. Die Geschichte zeigt jedoch, daß die Menschen zu politischen Entscheidungen fähig sind. Vor Volksentscheiden finden intensive Diskussionen statt. Hier besteht viel eher die Chance, sich eine Meinung zu bilden, als dies bei Wahlen der Fall ist. Denn bei Volksentscheiden geht es um ein Thema, bei Wahlen werden mehrere Themen, häufig auf oberflächliche Weise, behandelt.

Die Abstimmenden sind natürlich unterschiedlich gut informiert. Die eine möchte es ganz genau wissen, ein anderer begnügt sich damit, daß seine favorisierte Partei oder der Verband seines Vertrauens eine

bestimmte Sache unterstützt.

Es ist ein Irrglauben, die Abgeordneten seien in allen Fragen umfassend informiert. Sie entscheiden meist nach Fraktionszwang. Die Bürger kennen keinen Fraktionszwang.

Mehr Demokratie schlägt zudem vor, daß jeder Wahlberechtigte ein Abstimmungsheft erhält. In diesem wird das Thema des Volksentscheids mit Pro- und Contra-Argumenten leicht verständlich dargestellt.

Die Bürger sind leicht manipulierbar!

Manipulation ist kein spezielles Problem des Volksentscheids, sondern der gesamten Demokratie. Denken wir nur an den großen Einfluß von Lobbygruppen in den Parlamenten. Wie lange hat etwa die Agrar-Lobby ein Vorgehen gegen BSE verhindert! Auch Volksentscheide können manipuliert werden. Studien aus den USA zeigen aber, daß der Einfluß von Lobbygruppen begrenzt ist. Große Verbände sind gegen die Direkte Demokratie, weil sie wissen, daß sie ihre Interessen im Parlament besser durchsetzen können.

Die lange öffentliche Diskussion vor einem Volksentscheid und ein ausgewogenes Informationsheft tragen zu einer sachlichen Abstimmung bei. Anders als in den USA sind in Deutschland politische Werbespots in Radio und TV verboten – ein wichtiges Manipulationsmittel entfällt.

Wer schon einmal einen Abstimmungskampf in der Schweiz erlebt hat, weiß, daß Volksentscheide zu einer Versachlichung der öffentlichen Diskussion führen. Die Medien berichten erstaunlich ausgewogen.

Rechte können den Volksentscheid mißbrauchen!

Es gibt Beispiele aus der Schweiz und den USA, in denen Minderheiten, z.B. Ausländer, durch Volksentscheide diskriminiert wurden. Aber: das Volk gebärdet sich nicht minderheitenfeindlicher als die Parlamente. Auch Politiker verletzen immer wieder die Rechte kleiner, schwacher Gruppen.

Der Direkten Demokratie ist ein Schutzmechanismus eingebaut: Volksbegehren, die gegen die Grundrechte verstoßen, werden schon im Vorfeld gestoppt. Jede Initiative wird im Zweifel vom Bundesverfassungsgericht überprüft.

Grundsätzlich aber gilt: Das Herzstück der Demokratie ist die Diskussion. Problemen, denen wir heute in der Gesellschaft begegnen, kann nicht ohne Gespräche entgegengetreten werden. Verschweigen, leugnen oder beschönigen wird solche Probleme nicht lösen. Wenn sich menschenfeindliche Initiativen herausbilden, dann ist es die Aufgabe der Gegner, diesen Kräften offensiv entgegenzutreten und dafür zu sorgen, daß die Mehrheit auf ihrer Seite steht. Der Volksentscheid verursacht die Konflikte nicht, sondern er deckt sie auf.

Minderheiten zwingen der Mehrheit ihren Willen auf!

Es wird behauptet, daß an vielen Abstimmungen nur die Betroffenen teilnehmen. Die „schweigende Mehrheit“ müsse dann die Entscheidungen der „Minderheit“ hinnehmen. Diesem Argument liegt ein Bürger-Schlafmützen-Modell zugrunde. Jeder Stimmberechtigte hat die Chance, an einem Volksentscheid teilzunehmen. Das wird er auch tun, wenn ihm das Thema ein Anliegen ist. Wer sich der Stimme enthält, tut dies aus freier Entscheidung. Erfahrungen aus der Schweiz und den USA zeigen, daß mit einer durchschnittlichen Beteiligung von 40 Prozent gerechnet werden kann. Die Bürgerinnen und Bürger haben damit übrigens kein Problem: Auch Volksentscheide mit eher geringer Beteiligung werden akzeptiert. Für die Menschen zählt die Möglichkeit, mitzumachen.

Direkte Demokratie ist langsam und teuer!

Natürlich können direktdemokratische Verfahren länger dauern als parlamentarische. Aber die Tatsache, daß Volksentscheide eine größere Akzeptanz finden und die Menschen stärker am politischen Geschehen beteiligen, sollte dies wert sein.

Häufig ist die Direkte Demokratie ein Gaspedal: Bürger greifen Probleme auf, die von Politikern verschlafen wurden.

Erfahrungen in anderen Ländern zeigen, daß Bürger oftmals sparsamer als Politiker mit den Mitteln des Staates umgehen. In den USA und der Schweiz führt die Direkte Demokratie zu geringerer Staatsverschuldung, mehr Effizienz der Verwaltung und geringeren Steuern bei gleichen Leistungen. Dagegen sind die Kosten von Volksabstimmungen eher bescheiden. Die Direkte Demokratie ist eine sinnvolle Investition!

Es kann doch nicht über alles abgestimmt werden!

Die Direkte Demokratie wird den Bundestag nicht ersetzen, sondern ergänzen. Nur wenn eine ausreichende Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern dies in einem Volksbegehren verlangt, entscheiden sie auch. Volksentscheide finden in der Regel nur zu wichtigen Themen statt (z.B. Renten, Atomausstieg, Steuerreform). 99 Prozent der Entscheidungen werden nach wie vor vom Parlament getroffen.

Die bisherigen Volksrechte reichen völlig aus!

Engagierte Menschen wissen um den Frust, der entsteht, wenn man nur als Bittsteller an Politiker herantreten kann. Der Sachverstand der vielen Verbände und Initiativen verpufft. Volksrechte wie das Petitionsrecht sind fast ausschließlich „Bittstellerrechte“. Die Entscheidungen treffen die Politiker – auch wenn die Bürger etwas anderes wollen.



„Volksentscheide sind keine Konkurrenz, sondern eine Ergänzung der parlamentarischen Demokratie. Selbstbewusste Menschen, die sich an Diskussionen beteiligen, sind die Voraussetzung für eine stabile Demokratie.“

Marianne Birthler, Mitglied im Kuratorium von Mehr Demokratie

Probleme werden auf Ja/Nein-Entscheidungen verkürzt!

Jede Entscheidung wird am Ende auf Ja/Nein verkürzt. Das ist auch im Bundestag der Fall. Die Volksgesetzgebung soll nach den Vorstellungen von Mehr Demokratie Kompromisse zulassen. Die Initiatoren haben die Möglichkeit, nach der Volksinitiative – das ist der erste Schritt der Volksgesetzgebung – ihren Vorschlag zu verändern, so daß Ergebnisse aus der Diskussion mit dem Parlament berücksichtigt werden können. Zudem hat das Parlament das Recht, einen eigenen Vorschlag (Konkurrenzvorlage) zum Volksentscheid vorzulegen. Dadurch erhält die Bevölkerung mehr Auswahlmöglichkeiten. Die Volksabstimmung wird flexibler.

Die Verantwortlichkeiten werden verwischt!

Egal, ob eine Entscheidung vom Volk oder vom Parlament getroffen wird: die Folgen tragen immer die betroffenen Menschen. Politiker treten bestenfalls zurück oder werden abgewählt. Das Volk hat seine falschen Entscheidungen vor sich selbst zu verantworten und kann daraus lernen. Im übrigen ist es mit der Verantwortlichkeit von Politikern oft nicht weit her. Denn sie treffen in einer Legislaturperiode so viele Entscheidungen, daß sie in einer Wahl alle vier Jahre gar nicht gezielt vom Volk „abgestraft“ oder „belohnt“ werden können.

Das Grundgesetz schreibt eine rein repräsentative Demokratie vor!

Das ist nicht richtig. Denn nach Artikel 20 des Grundgesetzes übt das Volk die Staatsgewalt „in Wahlen und Abstimmungen“ aus. Allerdings gestaltet unsere Verfassung das Abstimmungsrecht – im Gegensatz zum Wahlrecht – außer in Artikel 29 über die Länderneugliederung nicht näher aus. Der Parlamentarische Rat konnte sich 1948/49 bei der Verabschiedung des Grundgesetzes über entsprechende Vorschläge zur direkten Demokratie nicht einigen. Der Auftrag aus Artikel 20 ist bis heute unerfüllt. Nach über 50 Jahren Grundgesetz ist die Zeit reif, unsere Verfassung durch das Recht auf Volksentscheid zu ergänzen.

Autoren: Tim Weber und Ralph Kampwirth